

*Hans Willgerodt\**

## Alfred Müller-Armack – der Schöpfer des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“<sup>1</sup>

### Abstract

After the Second World War centralized economic planning was seen as more or less unavoidable for economic recovery in most European countries including West Germany, with its destruction of all kinds and millions of destitute refugees. But as early as in 1945 *Alfred Müller-Armack* proposed quite another remedy for recovery: West Germany should abolish its repressed inflation by a currency reform and at the same time return to a market economy. He called his concept „Social Market Economy“, as a new type of economic order. It was intended to harmonize economic progress and free competitive markets with social stability and security in a more comprehensive sense. He became professor economics at the universities of Münster and Cologne. In 1952 the German reformer of economic policy and minister of economic affairs Ludwig Erhard appointed him as head of the department for principal issues in his ministry and in 1958 as secretary of state for European affairs. *Müller-Armack* got the chance to apply his concept in political practice. This proved to be very successful, if one takes into account the difficulties and irrationalities of the political process. He became one of the leading German negotiators in the conferences establishing the European Economic Community, but resigned after *de Gaulle's* veto against the admission of Denmark and the United Kingdom. The author examines in detail the controversial term „social“ in *Müller-Armack's* concept of a market economy. He concludes that seeming conflicts between so-called social aims and a free market can be made irrelevant to a large extent, if certain principles and limits are observed and aspects beyond supply and demand are included.

JEL-Klassifikation: A1, B2, B31

---

\* Institut für Wirtschaftspolitik, Pohligstrasse 1, 50969 Köln, E-Mail: [desai@wiso.uni-koeln.de](mailto:desai@wiso.uni-koeln.de).

<sup>1</sup> Erweiterter Vortrag aus Anlaß der 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 28. Juni 2001. Vgl. auch den gleichnamigen Artikel in der Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 50 (2001) Heft 3, S. 253-277.

## I. Müller-Armacks „Soziale Marktwirtschaft als Abrechnung mit der Zwangswirtschaft

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war es das Ziel Stalins, ganz Deutschland seinem Weltreich einzuverleiben. Deshalb wurden Millionen von Kriegs- und Vertreibungsoptionen in das mit Ruinen übersäte Westdeutschland gepreßt. Es sollte dort eine revolutionäre und wirtschaftlich nicht haltbare Situation entstehen. Vor ihr, so hoffte man in Moskau, sollten die Westalliierten schließlich kapitulieren. Daß Stalin damit einen der Keime zum Untergang der Sowjetunion gelegt hatte, ahnte er nicht. Westdeutsche und Alliierte reagierten nach einer Phase der Unsicherheit anders, als er erwartet hatte. Zu viele Westdeutsche waren mit dem Sowjetsystem unmittelbar in Berührung gekommen, um von dort Rettung zu erwarten. Aber die westlichen Siegermächte mit ihren Illusionen über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und mit ihren staats- und planwirtschaftlichen Sympathien verhielten sich zunächst unsicher.

Sie setzten das nationalsozialistische System der Bewirtschaftung aller lebensnotwendigen Güter fort. Seit 1936 waren die Preise im wesentlichen auf dem damals erreichten Niveau eingefroren. Damit war verschleiert worden, daß die Kriegsvorbereitungen und der Krieg selbst weitgehend mit der Notenpresse finanziert worden waren. Die im Übermaß emittierten Banknoten dienten dem Staat dazu, die für die Kriegführung herangezogenen Güter und Leistungen zu bezahlen. Die umfassenden Rationierungen sollten aber gleichzeitig verhindern, daß die Empfänger das empfangene Geld in vollem Umfang zum Kauf von Gütern verwenden konnten. Man brauchte zum Erwerb der Rationen und Zuteilungen nur noch geringere Beträge aufzuwenden, denn die Preise blieben fixiert und die zugeteilten Mengen nahmen ab. In den Händen der Bevölkerung sammelten sich immer größere nicht verwendbare Kassenbestände an. Davon hätte eine Tendenz der Nachfrager ausgehen müssen, illegal den Anbietern höhere Preise zu bieten. Um diesen Druck zu mildern, wurde die Bevölkerung veranlaßt, die Kassenbestände im Banksystem auf Sparkonten einzuzahlen und unter politischem Druck festzulegen (sogenanntes „Eisernes Sparen“). Auf der Aktivseite der Bankbilanzen standen diesen Verpflichtungen des Banksystems Reichsanleihen gegenüber, mit deren monetärem Gegenwert ebenfalls die Gütervernichtung des Krieges finanziert wurde.

Diese „geräuschlose Kriegsfinanzierung“ konnte natürlich nur so lange aufrecht erhalten werden, wie die Bevölkerung daran gehindert werden konnte, auf die immer geringer werdende Güterversorgung zu reagieren, also die eigene Leistung zu verweigern

oder bei freiem Zugang zu den Märkten durch höhere Ausgaben mit dem Staat um das verfügbare Gütervolumen zu konkurrieren. Das Bewirtschaftungssystem beruhte deshalb auf dem allgemeinen Arbeits- und Produktionszwang, dem Zwang zur Ablieferung der hergestellten Produkte bei den Bewirtschaftungsstellen und einer eingeschränkten Zuteilung von Gütern an die Bevölkerung mit Hilfe von Rationierungskarten oder Bezugsscheinen. Da die Kriegführung immer größere Gütermengen verschlang, blieb für die Zivilbevölkerung immer weniger übrig, vor allem, nachdem keine fremden Länder mehr ausgeplündert werden konnten. Das Mißverhältnis zwischen der Produktion und der zum Kauf bereiten Geldmenge wurde immer größer. Doch hatte das System halbwegs so lange funktioniert wie der polizeistaatliche Druck aufrechterhalten werden konnte, mit seinem Terror durch drakonische Strafen und der Furcht, in ein Konzentrationslager eingewiesen zu werden.

Mit dem Kriegsende brach der nationalsozialistische Polizeistaat zusammen. Es entstanden unvollkommene Schwarzmärkte mit illegalen Preisen. Der Naturaltausch nahm zu. Die Besatzungsmächte änderten jedoch das bisherige Wirtschaftssystem nicht und belasteten es zusätzlich mit den selbst geschaffenen Problemen der Einteilung in wirtschaftlich voneinander getrennte Besatzungszonen und des Zustroms von Millionen Vertriebenen in das dicht besiedelte Westdeutschland sowie zahlreichen Produktionsverboten und Demontagen.

Heute wird behauptet, die deutsche Produktionskapazität habe verhältnismäßig gut oder sogar erweitert den Krieg überstanden.<sup>2</sup> Diese These enthält zahlreiche empirische Mängel und widerspricht dem Augenschein der deutschen Zeitgenossen. Aber immerhin ist daran soviel richtig, daß mit der übrig gebliebenen Kapazität wesentlich mehr hätte produziert werden können.<sup>3</sup> Weshalb geschah das nicht?

---

<sup>2</sup> Für das industrielle Anlagevermögen behauptet dies zum Beispiel *Krengel* (1958). Ob dabei durch technischen Fortschritt und veränderte Nachfragestrukturen erforderliche Abschreibungen richtig berechnet worden sind, ist zweifelhaft. Die für die Kriegsproduktion verwendeten unterirdischen Industrieanlagen dürften kaum für die Friedensproduktion verwendbar gewesen sein. Auch war die Industriestruktur Westdeutschlands auf die Belieferung des Weltmarktes umzustellen, nachdem durch die Abtrennung der Sowjetzone und der deutschen Ostgebiete die innerdeutsche Arbeitsteilung zerstört worden war. Es kommt im übrigen nicht nur auf das industrielle Anlagevermögen an. Das gewerbliche Kapital insgesamt soll im Jahre 1949 nur 35,7 Prozent des gesamten Kapitalstocks ausgemacht haben und gegenüber 1939 um fast vierzig Prozent real vermindert worden sein (*Walter G. Hoffmann*, 1965, Seiten 235 ff., Tabellen 39 f.). Es kommt hinzu, daß die Preisrelationen während des jahrelangen Preisstopps nach 1936 weitgehend unverändert gelassen worden waren, während sich die Marktstrukturen nach dem Kriege völlig verändert hatten, so daß die rein technische Verwendungsfähigkeit bestehender Anlagen für ihren wirtschaftlichen Wert nicht hinreichend aussagefähig war (Zur Preisstruktur vgl. *Willgerodt* 1991, insbesondere S.205).

<sup>3</sup> Zahlreiche nachgeborene Autoren haben versucht, die Bedeutungslosigkeit der westdeutschen Wirtschaftsreform von 1948 für das wirtschaftliche Wachstum des Landes mit der These zu untermauern, Westdeutschland habe nach Kriegsende sogar eine gegenüber der Vorkriegszeit vergrößerte und verbesserte Kapitalausstattung besessen und die Produktion sei längst vor der Reform angestiegen. Da bis zur Einführung der

Abgesehen von alliierten Produktionsverboten und der Abschließung von ausländischer Rohstoffzufuhr, fehlte der Anreiz zur Produktion. Bei gestoppten Niedrigpreisen konnte man die wenigen zugeteilten Güter aus den im Überfluß vorhandenen Kassenbeständen kaufen. Dafür zu arbeiten lohnte sich nicht, zumal auch die Löhne gestoppt waren. Die Unternehmungen erhielten für ihre Produkte niedrig gehaltene Erlöse, die auch deswegen unzulänglich waren, weil man mit Geld allein die vernutzten Produktionsmittel nicht wiederbeschaffen konnte. Dazu brauchte man eine Zuteilung durch die Bewirtschaftungsbehörde, die nur unzulängliche Mengen zur Verfügung hatte, weil zu wenig produziert und abgeliefert worden war. Es handelte sich um den Teufelskreis der „zurückgestauten Inflation“ (*Wilhelm Röpke*, 1947 a/1959; ferner 1947 b).

Nur wenige hatten in dieser Situation den Mut, einen radikalen Wechsel des Wirtschaftssystems zu verlangen. Einer der ersten unter ihnen war *Alfred Müller-Armack*. Schon im Oktober 1945 forderte er eine Währungsreform und einen Übergang zu freien Preisen, also zur Marktwirtschaft (*Müller-Armack* Oktober 1945/1981). Ohne dies könne die Produktion nicht in Gang kommen, von der alles andere abhängt. Im Juli 1946 bemerkte er: „In den beengten Bedingungen Deutschlands kann auch die beste Marktordnung nicht beliebigen Reichtum erzielen. Wir können jedoch dieses Mittel nicht entbehren, wenn wir nicht zur Armut der Ruinen die Armut derer hinzufügen wollen, die sich die Ruinen untätig ansehen.“ (*Müller-Armack*, 1946/1981, 45). Solche Äußerungen waren ungewöhnlich. Behörden und sogenannte Sachverständige hielten den Gütermangel wegen des Krieges, der Zerstörungen und des Zusatzbedarfs der Kriegs- und Vertreibungsoffer aller Art für unausweichlich. Man dachte nur an Rationalisierungen der bestehenden Zwangswirtschaft. Noch im März 1948 hat sich der bekannte Nationalökonom *J. K. Galbraith*, damals im amerikanischen State Department für die besetzten Gebiete Deutschlands zuständig, entschieden gegen die Aufhebung der planwirtschaftlichen Kontrollen in Deutschland gewandt und behauptet, die dringende Frage sei nicht, ob der deutsche Wiederaufbau staatlich geplant werden solle, sondern nur, ob dies entschlossen und wirksam geschehe.<sup>4</sup> Die Bevölkerung ertrug murrend und immer weniger

---

Marktwirtschaft im Jahre 1948 die Versorgung der Bevölkerung mit allen lebensnotwendigen Gütern erbärmlich geblieben ist, beweisen solche Thesen das Gegenteil dessen, was die Autoren damit nachweisen wollen: Gerade wenn, was fraglich ist, die Produktion noch vor der Reform sehr wesentlich angestiegen sein sollte, ist es um so absurder, daß trotzdem der Lebensstandard der Bevölkerung nicht verbessert worden ist. Erst die Reform hat dies geändert. Zum Problem: *Klump* (1985).

<sup>4</sup> „During the past two years it has been asserted with increasing frequency and vehemence that if, somehow, the German economy could be freed from materials and manpower regulations, price controls and other bureaucratic paraphernalia the recovery would be expedited ... Yet there never has been the slightest possibility of getting German recovery by this wholesale repeal, and it is quite possible that its reiteration has delayed German recovery. The question is not whether there must be planning – the assignment of priorities for re-

diszipliniert diesen Sozialismus der Not, bei dem nur wie in einer belagerten Festung unzulängliche Vorräte verteilt wurden. *Müller-Armack* wandte sich entschieden gegen Versuche zur Fortsetzung dieser längst gescheiterten staatlichen Zwangswirtschaft und gegen die verbreitete Mentalität des Resignierens vor der Stagnation.

In seinem Anfang 1947 erschienenen, Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ (*Müller-Armack*, 1947/1976) rechnete er mit dem zwangswirtschaftlichen Regime ab. Das Buch war auf dem schlechten Papier gedruckt, das geradezu ein besonderes Kennzeichen für kollektivistische Systeme dieser Art geworden ist. Die staatliche Wirtschaftslenkung, so führte er aus, habe zunächst vor der Aufgabe einer ausreichenden Güterproduktion versagt. Aber nicht nur das. Sie sei auch nicht in der Lage gewesen, ihren vermeintlichen Vorteil auszuspielen und die entstandenen sozialpolitischen Probleme zu lösen. Wer nicht genug produziert, kann auch keine Not lindern oder jemandem helfen. Die Marktwirtschaft sei schon wegen ihrer Produktivität hierfür ein wesentlich besserer Ausgangspunkt. Auf dieser Grundlage entwickelte er sein Konzept, bei dem „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs“ (*Müller-Armack*, 1956/1981, 243) verbunden werden sollte. Er nannte es „Soziale Marktwirtschaft“ und erfand damit einen Begriff, der die westdeutsche Wirtschaftspolitik in der Zeit des Wiederaufbaus geprägt hat. *Ludwig Erhard* und seine Mitstreiter, zu denen *Müller-Armack* gehörte, verhalfen dem Konzept zu einem spektakulären praktischen Erfolg. Aus dem westdeutschen Elendsgebiet, das im sowjetischen Interesse entstanden war, wurde ein wirtschaftlicher und politischer Magnet, der durch seine bloße beispielgebende Existenz zur Erosion des sowjetischen Machtblocks beigetragen hat. Wirtschaftswissenschaftlich und juristisch wird das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft seitdem einem Säurebad nach dem anderen unterzogen, ohne sich deswegen in Bedeutungslosigkeit aufzulösen.<sup>5</sup>

## II. Müller-Armack zwischen Politik und Wissenschaft

Wie kam dieser Kölner Professor dazu, nicht nur einen Begriff mit solcher Resonanz zu prägen, sondern ihn auch in der praktischen Wirtschaftspolitik anzuwenden? Im Jahre 1952 wurde er zum Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft berufen und war dort seit 1958 Staatssekretär. Er vertrat zunächst weiterhin sei-

---

construction and rehabilitation, the allocation of materials and manpower, the supplying of incentive goods and all the rest – but whether that planning has been forthright and effective.“ *J. K. Galbraith* (1948, S.94 f.).

<sup>5</sup> Einen Überblick über die Diskussion gibt *Friedrun Quaas* (2000). Zur Auseinandersetzung über die rechtliche Relevanz der Sozialen Marktwirtschaft: *Hans Willgerodt* (1996).

nen Lehrstuhl an der Universität zu Köln<sup>6</sup>, vielleicht aus einem gewissen Mißtrauen gegenüber seiner Einordnung in eine bürokratische Hierarchie, deren Mitglieder nicht unbedingt zu selbständigem Denken erzogen werden. Daß er nun zwei Vorgesetzte erhielt, nämlich *Adenauer* und *Erhard*, war für ihn, wie er später in seinen Erinnerungen bekannt hat, ziemlich ungewohnt (*Müller-Armack*, 1971, 242).

Denn damals hatte der Universitätsprofessor in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit noch keinen Vorgesetzten, sondern vertrat sein Fach in der Hauptsache selbständig. Diese Selbständigkeit wurde von allen späteren Hochschulreformen bekämpft. Zunächst hat man den Spielraum der gleichwohl voll verantwortlich bleibenden Professoren bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten durch Kollektivierung von Entscheidungen in paritätisch zusammengesetzten Gremien einzuschränken versucht. Die Sachlogik der Wissenschaft erwies sich jedoch dieser Absicht gegenüber als weitgehend resistent, wenn man von den Exzessen der Revolte nach 1968 absieht, die sich inzwischen weitgehend verlaufen haben, damals aber von Politik und Öffentlichkeit eher wohlwollend hingenommen wurden.<sup>7</sup> Zugleich wurde und wird vor allem heute die Destabilisierung der wissenschaftlichen Selbständigkeit durch Abschaffung der demokratischen Gelehrtenrepublik angestrebt. Die Universität soll wie ein hierarchisch strukturiertes Unternehmen mit Anordnungs- und Gestaltungsmacht der nicht unbedingt aus Wissenschaftlern bestehenden Universitätsspitze organisiert werden. Diesen schon zu seiner Zeit hervortretenden Tendenzen hat *Müller-Armack* die bewährten und durchaus anpassungsfähigen Traditionen der auf prinzipieller Gleichberechtigung der Gelehrten beruhenden Demokratie der Wissenschaftler entgegengehalten. Er hat abgelehnt, was heute als modern gilt, nämlich die demokratische Republik der um neue Erkenntnisse ringenden forschenden Gelehrten in eine Schule zu verwandeln, die straff hierarchisch organisiert ist, in erster Linie marktgängige feste Kenntnisse vermittelt und vorwiegend Auftragsforschung als Produktion unmittelbar verwertbaren Wissens anstelle von Grundsatzforschung betreibt. In einem Artikel aus dem Jahre 1977 hat er von Holzwegen der Universitätsreform gesprochen (*Müller-Armack* 1977/1980). Immerhin entsprach zu seiner Zeit die Position eines Universitätsprofessors noch nicht derjenigen

---

<sup>6</sup> Nach seiner Ernennung zum Staatssekretär gab er den Lehrstuhl auf und wurde an der Universität zu Köln Honorarprofessor mit den Rechten eines Ordinarius. Ich bin im Jahre 1963 auf seinen frei gewordenen Lehrstuhl berufen worden.

<sup>7</sup> Der heutige Bundespräsident Rau, damals als Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen für die Hochschulpolitik verantwortlich, hält nach Pressemeldungen noch heute die Revolten der 68er für einen sinnvollen Aufbruch. Man schob der Universität die Verantwortung für politische Entwicklungen zu und ließ sie gleichzeitig bei der Auseinandersetzung mit den revolutionären Kräften im Stich.

eines weisungsgebundenen Beamten, zu dem er, wenn auch in herausgehobener Position, im Ministerium geworden war.

Bürokratische Disziplin, deren Sinn er in der Staatsverwaltung sehr wohl anerkannte<sup>8</sup>, wurde für ihn nie zur routinierten Gewohnheit, der in allen Fällen der Vorrang gebührt. In nachgelassenen Notizen zu einem Buch, das er schreiben wollte<sup>9</sup>, findet sich die Bemerkung, die Macht der Bürokratie sei Bremsung, nicht offener Widerstand. Auch abdanken könne sie nicht. Das Berufsbeamtentum sei jedoch gegen Außenseiter eingestellt und der Einfluß eines einzelnen gegenüber Laufbahnbeamten schwinde.

Trotz seines zum Ausgleich neigenden Charakters ergriff *Müller-Armack* nicht selten eine kreative Unruhe, wenn er Fehlentwicklungen kommen sah, die vom Geschäftsgang der Ressorts noch nicht erfaßt waren, weil man wünschte, von „des Dienstes ewig gleichgestellter Uhr“ im Geleise gehalten zu bleiben. So setzte er sich zum Beispiel im Herbst 1955 über den Dienstweg hinweg, um vor dem Besuch *Konrad Adenauers* in Moskau den Kanzler vor einseitigen wirtschaftspolitischen Konzessionen zu warnen und den Vorrang politischer Festigkeit zu betonen. *Adenauer* ließ, wahrscheinlich zum Verdruß der Bürokratie, umgehend seine Zustimmung mitteilen.<sup>10</sup>

Auf der anderen Seite wußte *Müller-Armack* den Wert einer für eine konkrete Aufgabe zu gewinnenden und am Erfolg interessierten Mannschaft von Ressortbeamten sehr wohl zu schätzen und mit ihr umzugehen. Ich erinnere mich, daß während der Kanzlerschaft *Erhards* eine Konferenz mit *de Gaulle* bevorstand. Der an die Universität zurückgekehrte *Müller-Armack* rief mich zu sich, um ein von ihm verfaßtes Memorandum zu erörtern, dem natürlich die Einzelheiten fehlten, weil er nicht mehr auf Ressorts zurückgreifen konnte. Auf Grund seiner Erfahrungen erwartete er mit Recht, daß die französische Delegation mit präzisen Vorschlägen zu einer politischen Integration erscheinen würde, denen die deutsche Seite keine ausgearbeiteten Vorschläge entgegenzusetzen könne, wenn die Ressorts nicht eingespannt würden. Er legte dem Kanzler sein Memorandum vor und regte die Anreicherung mit konkreten Details durch die Bürokratie nahe. Aber dazu kam es nicht, so daß das Treffen unerfreulich endete.

*Müller-Armack* unterschied in seiner amtlichen Funktion sorgfältig zwischen Positionen, die nicht verhandlungsfähig sein durften, und den Möglichkeiten für tragbare

---

<sup>8</sup> Als er im Jahre 1963 seinen Rücktritt einreichte, weil er die Politik der Bundesregierung nicht mehr mit tragen könne, hielt er die an *Erhard* gerichtete Mahnung *Adenauers* für richtig, ein den Rücktritt einreichender Staatssekretär müsse entweder ausscheiden oder sein Entlassungsgesuch zurückziehen; *Müller-Armack* (1971, S.245).

<sup>9</sup> Die Notizen wurden mir von Frau *Irmgard Müller-Armack* zur Verfügung gestellt.

Kompromisse, die zwar nicht ideal, aber förderlich waren. Er hat einmal erklärt: „Ich gestehe offen, daß ich es immer als eine reizvolle Aufgabe wirtschaftspolitischer Diplomatie angesehen habe, Vermittlungsformeln zu finden, die die eigene Position behaupteten, aber die der Gegner nicht völlig in Frage stellten.“ (*Müller-Armack*, 1976 a, 208) Während in der Wissenschaft solche Kompromisse nicht möglich sind, kennt aber die Wissenschaft von der praktischen Wirtschaftspolitik eine Theorie des „second best“<sup>11</sup>. Danach soll man eine weniger zweckmäßige, aber noch dem Ziel näher kommende Lösung anstreben, wenn sie durchsetzbar ist und die beste Lösung an politischen Widerständen oder aus Einsichtslosigkeit der Beteiligten scheitert.

*Müller-Armack* konnte und mußte sich vielfach auch in Details einarbeiten. Doch bestand er nicht auf Stellen hinter dem Komma, behielt die Rangordnung der Probleme stets im Auge und konnte in Verhandlungen auch Ballast abwerfen, um Wesentliches zu retten. Es ging ihm bei seiner ausgleichenden Natur nicht zuletzt um den Abbau antagonistischer Haltungen, freilich keineswegs um jeden Preis. Vermutlich hätte er folgender *Maxime Goethes* erhebliches Verständnis entgegengebracht: „Es ist nichts trauriger anzusehen als das unvermittelte Streben ins Unbedingte in dieser durchaus bedingten Welt.“

Besonders im Bereich der ihm übertragenen europapolitischen und internationalen Aufgaben erwies sich *Müller-Armack* als disziplinierter und grundsatztreuer Realist, zielstrebigter Unterhändler, aber auch einfallreicher Vermittler, der sein Ziel selbst bei taktischen Umwegen nicht aus den Augen verlor. Zusammen mit *Ludwig Erhard* trat er für die Rückkehr Westdeutschlands zum Weltmarkt ein, setzte sogar aus konjunkturpolitischen Gründen einseitige westdeutsche Zollsenkungen durch und beteiligte sich an *Erhards* unermüdlicher und schließlich erfolgreicher Kampagne für die Konvertierbarkeit der Währungen, also für die Freiheit des internationalen Zahlungsverkehrs. Außerdem war für ihn die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nur ein erster Schritt zu einer gesamteuropäischen Integration, die über die kleineuropäische Sechsergemeinschaft der EWG hinausgehen sollte. Daß die Wirtschaftsordnung des Gemeinsamen Marktes schließlich trotz aller gegenläufigen Bestrebungen dem Konzept einer wettbewerblichen Marktwirtschaft gefolgt ist, daran hat er einen wesentlichen Anteil. Als Ratspräsident mußte er jedoch schließlich die Verhandlungen über die unsinnige europäische Agrarmarktregulierung zu Ende führen. Das geschah, um das gesamte In-

---

<sup>10</sup> *Müller-Armack* (1971, S. 78 ff.); dort ist auch das Memorandum im vollen Wortlauf abgedruckt. In einer Dokumentation des Auswärtigen Amtes über die Moskauer Verhandlungen wurde es „vergessen“.

<sup>11</sup> Nähere Angaben bei *Luckenbach* (2000, S. 144 f.).



tegrationswerk nicht scheitern zu lassen, und in der Hoffnung, damit die französische Zustimmung zum Abschluß der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens und Dänemarks zur EWG zu erlangen. Als diese Verhandlungen am Veto *de Gaulles* scheiterten, war das Maß voll. *Müller-Armack* trat zurück (*Müller-Armack*, 1971, 238 ff.). Seine Kölner Studenten empfangen ihn danach mit stürmischem Beifall.

In der praktischen Politik hat er nicht selten darunter gelitten, Ergebnisse in Kauf nehmen zu müssen, die seiner wissenschaftlichen Überzeugung widersprachen. Als er dem für seine Unerbittlichkeit bekannten Nationalökonom *Ludwig von Mises* diese Sorge mitteilte, antwortete dieser zunächst, Theorien und Programme müßten widerspruchsfrei gebildet werden, setzte aber wider Erwarten verständnisvoll hinzu, für die politische Praxis müsse man sich meist mit weniger zufrieden geben (*von Mises*, 1961/1978):

„Ich habe die middle-of-the-road policy aller Spielarten des Interventionismus immer kritisiert und glaube gezeigt zu haben, dass sie notwendigerweise schließlich in den vollen Sozialismus einmündet. Doch das hat mich nicht gehindert, voll zu verstehen, dass politische Machtverhältnisse auch einen überzeugten folgerichtigen Vertreter des Liberalismus (im europäischen, nicht im amerikanischen Sinne dieses Worts) nötigen können, sich mit interventionistischen Massnahmen (etwa Schutzzöllen) zeitweilig abzufinden. In der praktischen Politik kann man nur selten das Vollkommene erreichen. Man muss sich in der Regel damit begnügen, das kleinere Übel zu wählen.“

### III. Das „Soziale“ an der Sozialen Marktwirtschaft

#### 1. Sozialpolitik zwischen Harmonie und Zielkonflikt

Um ein solches kleineres Übel sollte es aber für *Müller-Armack* bei der Sozialen Marktwirtschaft nicht gehen. Man hat behauptet, es handele sich dabei um ein bloßes Schlagwort, eine Dummy-Variable, die jede politische Auslegung zulasse und bei der es kein Merkmal gebe, bei dessen Fehlen die Soziale Marktwirtschaft nicht mehr existiere.<sup>12</sup> Offenkundig falsch ist diese Aussage, wenn sie auf die marktwirtschaftliche Kom-

<sup>12</sup> Z. B. *Rothschild* (1989). Er zitiert darin als angeblich wörtlich, *Müller-Armack* habe definiert: „Soziale Marktwirtschaft als neuartige Synthese von Sicherheit und Freiheit soll mehr Sozialismus mit mehr Freiheit verbinden.“ Bei *Müller-Armack* heißt es jedoch an der zitierten Stelle: „Wir bedürfen einer neuartigen Synthese von Sicherheit und Freiheit, die uns, nach einem Wort von *Oliver Lyttelton*, befähigt, mehr Sozialismus mit mehr Freiheit zu verbinden. Dies dürfte jedoch nur auf dem Boden einer sozial gesteuerten Marktwirtschaft möglich sein.“ (*Müller-Armack* 1981 a, S.58). Sozialismus wird hier also nicht mehr als die Abschaffung der Marktwirtschaft aufgefaßt. *Müller-Armack* betont außerdem, daß auch das andere Kernelement des Sozialismus, nämlich die Vollverstaatlichung der Produktionsmittel, mit der Sozialen Marktwirtschaft unvereinbar sei (*Müller-Armack* 1976 b/1981, S.150).

ponente bezogen wird. Fehlt diese und wird sie durch staatliche Wirtschaftslenkung ersetzt, dann kann beim besten oder schlechtesten Willen nicht mehr von Sozialer Marktwirtschaft die Rede sein. Weniger eindeutig läßt sich die Frage beantworten, von welchem Punkt an das sogenannte „soziale“ Element an dem Konzept fehlt, so daß nur noch bloße Marktwirtschaft übrig bleibt.

Unmittelbar nach 1945 war dies kein drängendes Problem. Der soziale Ausgleich konnte dem Grunde nach in dieser Zeit nicht strittig sein. Unmöglich konnten die Millionen mittelloser Kriegs- und Vertreibungsoffer unter Hinweis auf Markt und Selbsthilfe ihrem Schicksal überlassen werden. Neuartig war in dieser Situation nur die Forderung, zur Marktwirtschaft zurückzukehren. Damals wie heute war vielen allerdings die wirtschaftliche Freiheit der jeweils anderen unheimlich und erschien mindestens sozialpolitisch gefährlich. Man wußte noch nicht, daß nur eine produktive Marktwirtschaft später in der Lage sein würde, außerordentlich hohe sozialpolitische Lasten zu tragen. Über die Berechtigung dieser Lasten ist damit nichts gesagt, wohl aber über die Leistungsfähigkeit eines marktwirtschaftlichen Systems, das man derartig belasten konnte.

*Müller-Armack* betonte von vornherein, die staatliche Wirtschaftslenkung habe nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozialpolitisch versagt. Für eine sinnvolle Sozialpolitik sei die Marktwirtschaft ein weitaus besserer Ausgangspunkt. Sie müsse aber ergänzt werden. Der Forderung nach einer adjektivlosen Marktwirtschaft hätte er widersprochen.<sup>13</sup> Er hat sein Konzept zwar einen irenischen Ordnungsgedanken (*Müller-Armack*, 1976 b/1981, 300 f.) genannt. Auch findet sich bei ihm der von vielen nicht verstandene Satz: „Die Marktwirtschaft ist ein offenes System.“ (*Müller-Armack*, 1976 b/1981, 300 f.) Es handelt sich jedoch nicht um Offenheit nach allen Richtungen, sondern um das Problem der Anpassung an wechselnde Situationen. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht, wie Marx hat glauben machen wollen, aus sich selbst heraus vollständig determiniert, sondern läßt einen erheblichen Spielraum, der von den handelnden Menschen und der Wirtschaftspolitik ausgefüllt werden kann.

Soweit Entscheidungsfreiheit besteht, handelt es sich um ein Problem, das uns allen bekannt ist. Wir müssen wählen, und zwar nicht nur, wohin wir gehen wollen, sondern auch wie weit wir das tun wollen.

In der Wirtschaftspolitik kann man nicht gleichzeitig staatlich fixierte Preise und die von *Müller-Armack* geforderte freie Preisbildung auf den Gütermärkten haben. Schließen sich aber Ziele nicht völlig aus, so gibt es mehrere Möglichkeiten:

---

<sup>13</sup> Zum Problem: *Ludwig-Erhard-Stiftung* (1993).

Einmal können sie gleichzeitig erreicht werden oder sich sogar gegenseitig fördern: So sorgt etwa freier Außenhandel unter erreichbaren Nebenbedingungen nicht nur für höhere Produktivität durch internationale Arbeitsteilung, höheres Einkommen der daran Beteiligten und eine bessere Versorgung, sondern hemmt auch das Entstehen von Monopolstellungen innerhalb einzelner Länder. Denn dabei können auch ausländische Anbieter auf den Inlandsmärkten konkurrieren.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, ein bestimmtes wirtschaftspolitisches Ziel zwar neben anderen zu erreichen, aber nur in geringerem Grade, je mehr man sich diesen anderen Zielen nähert. In diesem Falle muß nach der optimalen Mischung gesucht werden. Worum es sich bei diesem Optimierungsproblem handelt, ist jedem Ökonomen vom zweiten Gossenschen Gesetz her bekannt. Man kann zum Beispiel nicht wegen sozialpolitischer Zwecke gänzlich auf öffentliche Investitionen verzichten. Auch sollte man zögern, den Verteidigungshaushalt als beliebigen Steinbruch zugunsten anderer Staatszwecke zu benutzen, zumal, wenn man gleichzeitig internationale Verpflichtungen eingeht, denen gegenüber man womöglich militärischen Konkurs anmelden müßte. In jedem Staatshaushalt müssen verschiedene Verwendungszwecke gegeneinander abgewogen werden. Es muß auch insgesamt darüber entschieden werden, welchen Umfang öffentliche Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zu privaten Einkommen und deren Verwendung haben sollen. Die Sozialpolitik muß sich damit abfinden, daß nicht alle Wünsche nach Sozialleistungen erfüllt werden können, weil dies auf Kosten anderer, vielleicht wichtigerer Ziele gehen würde. Andererseits hat noch niemand den Wegfall sämtlicher Systeme der sozialen Sicherung zugunsten etwa der öffentlichen Investitionen vorgeschlagen.

In vielen Fällen der konkreten Wirtschafts- und Finanzpolitik geht es nicht nur um Grundsätze, sondern auch um das Finden des Optimums und des Gleichgewichts zwischen verschiedenen Zielen, nicht des Maximums beim Erreichen einzelner Ziele. In dem von *Müller-Armack* sehr betonten geschichtlichen Prozeß und der damit verbundenen Dynamik ändert sich ständig das Verhältnis der Dringlichkeiten wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele. Es muß infolge dessen auch immer wieder ein neues Optimum für ihr Zusammenspiel gesucht werden. Insofern ist die Marktwirtschaft immer ein offenes System.

Sie ist das aber auch dann, wenn nicht quantitativ abgewogen werden muß, sondern Ordnungsregeln notwendig werden. Gewiß muß das Rechtssystem, ohne das eine Marktwirtschaft nicht funktionsfähig sein kann, in erster Linie stabile Elemente aufwei-

sen, wenn die Wirtschaftenden die Möglichkeit haben sollen, auf längere Frist zu planen und produktionsfördernde Investitionen vorzunehmen.<sup>14</sup> Aber neue Tatsachen können neue oder veränderte rechtliche Regeln notwendig machen. Solange es keine Flugzeuge gab, brauchte man zum Beispiel keine Ordnungen für den Luftverkehr. Und solange reines Wasser und reine Luft im Überfluß zur Verfügung standen, weil es weniger Menschen gab<sup>15</sup>, mußte man sich über den Umweltschutz für diese Güter weniger allgemeine Gedanken machen.

In dieses komplexe Gefüge von Abwägungen und Regeln muß sich auch alles das einfügen, was mit dem diffusen und ohne genauere Angaben unklaren Wort des „Sozialen“ gemeint ist. Der Nobelpreisträger *F. A. von Hayek* hat dieses Wort wegen seiner Vieldeutigkeit abgelehnt und damit auch den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ verworfen (*von Hayek*, 1957; englische Fassung in: *F.A. Hayek* 1967). Dies wird vielfach so aufgefaßt, als genüge es, nur von „Marktwirtschaft“ zu sprechen, um eine freiheitliche und gerechte Wirtschaftsordnung hinreichend präzise zu kennzeichnen. Die weitere Entwicklung eines in bestimmtem Sinne „libertären“ Sprachgebrauchs führt dann dazu, eine solche Ordnung mit derjenigen des vollständigen wirtschafts-, gesellschafts- und rechtspolitischen Laissez-faire gleichzusetzen, weil sich angeblich Regeln des gerechten und moralischen Verhaltens stets ausschließlich spontan und ohne rationalen Entwurf oder auch nur Beteiligung der Vernunft der Handelnden von selbst entwickeln. Denn die menschliche Erkenntnismöglichkeit reiche nicht aus, um das komplexe Phänomen einer modernen Gesellschaft und Wirtschaft rational zu erfassen und zu verstehen. Es sollen sich im übrigen in einer Art von darwinistischem Ausleseprozeß diejenigen Ordnungen von selbst durchsetzen, die freiheitlich und gerecht sind. Ob diese Auffassung in jeder Hinsicht derjenigen *F. A. von Hayeks* entspricht, mag zweifelhaft sein und soll hier nicht im Einzelnen geprüft werden.<sup>16</sup> Es ist jedoch kaum zweifelhaft, daß sie von vielen aus vielen seiner späteren Äußerungen herausgelesen worden ist.

Genügt es also, nur von Marktwirtschaft zu sprechen? Das ist eindeutig nicht der Fall. Jedenfalls gab und gibt es Marktwirtschaften mit politisch gesicherten Privilegien

<sup>14</sup> *Eucken* (1990, S.285 ff.) hat deswegen eine „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ gefordert. Damit ist keine Starrheit, sondern Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit staatlichen Verhaltens gemeint.

<sup>15</sup> Die moderne, die Naturkräfte stark nutzende Wirtschaft ist eine Voraussetzung für die Existenz einer ungeheuer gestiegenen Menschenzahl und macht gleichzeitig diese Naturkräfte zu knappen Gütern, deren Verwendung rationalisiert und begrenzt werden muß.

<sup>16</sup> In seiner in Fußnote 28 genannten Schrift verwendet er die ebenso auslegungsbedürftigen Begriffe „Moral“ und „Gerechtigkeit“. Daß er alle sich vollziehenden Entwicklungen, weil in irgendeinem Sinne „spontan“, für richtig gehalten hätte, ist abwegig. Die in seinem Buch „*The Road to Serfdom*“ (1944, deutsche Übersetzung „*Der Weg zur Knechtschaft*“ von Eva Röpke, o. J.) enthaltenen Warnungen und zahlreiche seiner wirt-

und privater monopolistischer Macht, ohne Geldwertstabilität, mit konjunkturellen und strukturellen Krisen, ohne ausreichende öffentliche Infrastruktur und ohne gesicherte Rechtsordnung und natürlich auch ohne Einrichtungen der kollektiven wirtschaftlichen Sicherung. Man mag also die Bezeichnung des „Sozialen“ an der Sozialen Marktwirtschaft ablehnen, muß dann aber im Einzelnen angeben, welche konkreten Eigenschaften eine ins Auge gefaßte freiheitliche und gerechte Marktwirtschaft haben soll. Was *Wilhelm Röpke* immer wieder inhaltlich betont hat, gilt auch schon rein definitiv: „Marktwirtschaft ist nicht genug.“ (*Wilhelm Röpke*, 1957 a) Wer lediglich ohne weitere Angaben von ihr spricht, hat nur einen Sammelbegriff verwendet. Denn es gibt eine Vielzahl von verschiedenen Marktwirtschaften, darunter auch solche, bei denen Gleichheit vor dem Gesetz nicht besteht, die persönliche Freiheit eingeschränkt ist und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Sicherung fehlen.

Wenn man sich demnach bei der Beschreibung und Programmatik einer konkreten Marktwirtschaft nicht mit dem Ober- und Sammelbegriff „Marktwirtschaft“ allein zufrieden geben kann, ist zu prüfen, was inhaltlich hinzugefügt werden sollte, um eine konkrete Wirtschaftsordnung zu bezeichnen, die man vom liberalen Standpunkt aus für erstrebenswert hält. Ob man sie nun „sozial“ nennen oder besser und genauer auf andere Weise präzisieren will, mag umstritten sein. In diesem Zusammenhang ist zu fragen: Was hat *Müller-Armack* unter dem Adjektiv „sozial“ verstanden? Gewiß nicht die heute übliche sozialpolitische Bevormundung durch lenkende Freiheitsbeschränkung. Schon 1946 hat er zunächst mit großem Nachdruck betont, die Marktwirtschaft müsse, weil sie auf Freiheit der Person beruht, selbst dann vorgezogen werden, wenn ihre ökonomischen Leistungen entgegen den Tatsachen geringer wären als die der Wirtschaftslenkung (*Müller-Armack*, 1947/1981, 1. Auflage von 1947, 65). Die Möglichkeit der Bürger, ohne Vormund über den Tausch von Gütern zu entscheiden und sich damit auf friedliche Weise selbst zu helfen, galt ihm nicht als „unsozial“, wohl aber die Mißachtung der Konsumenten durch eine staatliche Bewirtschaftungsbürokratie. (*Müller-Armack*, 1976 b/1981, 34 ff.). Durch ihre Fähigkeit, Armut zu vermindern, sei die Marktwirtschaft schon an sich sozialpolitisch höher zu bewerten als die staatliche Wirtschaftslenkung.

Im übrigen habe der Liberalismus viele drückende Privilegien der vorkapitalistischen Zeit beseitigt, unter denen vor allem die breiten Massen zu leiden hatten. Wenn die Marktwirtschaft wettbewerblich geordnet sei, werde nicht nur die wirtschaftliche

---

schaftspolitischen Vorschläge beweisen das Gegenteil. Zur Auseinandersetzung mit der methodischen Kon-

Effizienz gefördert, sondern es werde zugleich das Entstehen neuer Privilegien und privater Macht bekämpft.

Auch der Geldwertstabilität mißt *Müller-Armack* einen sozialpolitischen Rang zu. Durch Inflation werde nicht nur die Wirtschaftsrechnung gestört, sondern es würden vor allem die Sparer enteignet (*Müller-Armack*, 1979). Man muß hinzufügen, daß dies vor allem für die ärmeren Sparer gilt, die weniger in inflationssichere Anlageformen wechseln können. Dem Sparen erkannte er nicht nur einen wachstums- und konjunkturpolitischen Sinn zu, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden<sup>17</sup>, sondern er sah darin auch die Möglichkeit einer breiteren Vermögensstreuung.

Die Notwendigkeit einer die Konjunkturschwankungen dämpfenden Politik hat er auch aus sozialpolitischen Gründen für unentbehrlich gehalten. Auf diesem Gebiet war er Spezialist und reagierte sehr sensibel auf sich anbahnende rezessive Entwicklungen. Er gehörte einer Generation an, die die Weltwirtschaftskrise nach 1929 mit ihrer Massenarbeitslosigkeit und politischen Radikalisierung miterlebt hatte. Jedoch lehnte er aus sorgfältig erwogenen Gründen die staatliche Planung aller makroökonomischen Größen ab. Später hat man damit in dem Versuch einer Globalsteuerung Schiffbruch erlitten. Wenn der Staat für die Bürger plane und die Bürger dies in der Marktwirtschaft für dieselben Sachverhalte gleichzeitig selbst tun, ergebe sich eine destruktive Überlagerung zweier Planungen, bei der das Ergebnis zweifelhaft sei (*Müller-Armack*, 1964). Auch eine langfristige Programmierung für die Gesamtwirtschaft hielt er für unzweckmäßig, zumal Prognosen mit längeren Fristen immer unzuverlässiger würden (*Müller-Armack*, 1963). Er bevorzugte eine realistische und behutsame Konjunkturpolitik, bei der vor allem der Aufschwung rechtzeitig gedämpft und vor Überhitzung bewahrt werden sollte, weil darin eine spätere Bereinigungskrise angelegt sein könne. In seiner Amtszeit hat er trotz massiver Widerstände von kurzsichtigen Interessenten und ausgabefreudigen Politikern<sup>18</sup> mindestens Teilerfolge auf diesem Gebiet erzielen können. Schließlich hat

---

zeption von Hayeks: *Willgerodt* (1989).

<sup>17</sup> *Müller-Armack* (1929, S. 652 f.) betonte zwar, daß in der modernen Wirtschaft wachstumsfördernde Zusatzinvestitionen gesamtwirtschaftlich nicht aus vorangehendem, sondern gleichzeitigem Sparen ermöglicht werden, wenn das Sparen nicht für das Wachstum funktionslos sein soll, führte aber auch (1929, S. 653) den Fall einer wachstumsfördernden Gleichzeitigkeit von Sparen und Investieren an, die mit Kreditfinanzierung der Investitionen verbunden ist. Später (1976 b/1981, S. 233) hat er ausdrücklich die Selbstfinanzierung bei fehlender Spartätigkeit wegen des damit verbundenen „auf bestimmte Schichten begrenzten Vermögenszuwachses“ als mißlich bezeichnet. In seinen „Thesen zur Konjunkturpolitik 1975“ (1975, S. 15, These 14) forderte er „die Mobilisierung einer erhöhten Spartätigkeit, um inflatorische Effekte einzudämmen, die von innovatorischen Investitionen und der damit verbundenen Expansionsfinanzierung ausgehen.“

<sup>18</sup> 1955 wurden von dem sogenannten „Kuchenausschuß“ große vorher bei der Notenbank stillgelegte staatliche Mittel plötzlich verteilt, natürlich mit inflatorischer Tendenz. Die realen, tendenziell deflatorischen Effekte der Stilllegung waren längst im volkswirtschaftlichen Kreislauf absorbiert worden. Die Zentralbank mußte nun entweder ihre den staatlichen Guthaben gegenüberstehenden Bilanzaktiva liquidieren, also etwa

er auch schon früh eine konjunktursoziologisch begründete Ordnungspolitik verlangt, mit der Strukturmängel bekämpft und die Schwankungsempfindlichkeit der Wirtschaft herabgesetzt werden sollte.<sup>19</sup> Es erfüllte ihn mit großer Sorge, daß sich die Politik genau in die entgegengesetzte Richtung bewegt und man seit Jahren eine erhebliche Massenarbeitslosigkeit hinnimmt, die es in der Zeit seiner Tätigkeit im Bundeswirtschaftsministerium nicht gegeben hat.

## 2. Sozialer Schutz zwischen Minimum und Maximum

Solche Erwägungen sind nicht sehr umstritten. Das gilt jedoch weniger für die beiden Kernelemente des „Sozialen“ in der Sozialen Marktwirtschaft *Müller-Armacks*, nämlich für die herkömmliche Sozialpolitik im engeren Sinne und für die Gesellschaftspolitik.

Wenden wir uns zunächst dem ersten Kernelement zu, der traditionellen Sozialpolitik. *Müller-Armack* verlangte ein „vielgestaltiges und vollständiges System des sozialen Schutzes“ (*Müller-Armack*, 1976 b/1981, 245). Als bekennendem Christen war ihm fremde Not nicht gleichgültig. Sein Vater war Betriebsführer bei der Firma Krupp in Essen. Das Unternehmen hatte gezeigt, daß man erfolgreiches Wirtschaften mit Fürsorge und Engagement für andere, insbesondere die eigenen Arbeitnehmer, verbinden kann. Die klassische Sozialpolitik ist jedoch seit langem durch Strukturmängel und hemmungslose Expansion in eine Dauerkrise geraten.

Wenn man die Forderung nach sozialem Schutz kritisch diskutiert, sollte man zunächst die Grenzen abstecken, innerhalb deren sich die Kritik bei wirklichkeitsnaher Betrachtung bewegen sollte. Selbst *F. A. von Hayek*, der das „Soziale“ an der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur von der mißverständlichen Bezeichnung her, sondern auch weitgehend inhaltlich ablehnt, räumt ein, es solle von der Gesellschaft aus moralischen Gründen ein Existenzminimum für alle ihre Mitglieder gesichert werden, die nicht für

---

Rückzahlungen gewährter Kredite fordern und neue Kredite einschränken, um den Geldwert zu verteidigen, oder, was wahrscheinlicher war, die Auflösung der staatlichen Goldhorte hinnehmen. Der ganze Vorgang beruhte auf mehr oder weniger bewußter Mißachtung von Zusammenhängen durch die Politiker. Vgl. *Willgerodt* (1976, S.72 f.).

<sup>19</sup> *Müller-Armack* (1933 a, S. 203). Dieses Forschungsgebiet ist trotz einiger Ansätze noch weitgehend unbeachtet geblieben. Daß zum Beispiel früher Württemberg auch in der Weltwirtschaftskrise die geringste Arbeitslosigkeit aufzuweisen hatte, wurde von *Erich Preiser* (1937) auf die damalige Sozialstruktur mit Arbeiterbauerntum und Eigenheimbesitz zurückgeführt. Weshalb heute Baden-Württemberg und Bayern die niedrigste deutsche Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben, ist erklärungsbedürftig. Dabei darf man nicht den methodischen Fehler begehen, die konkrete Wirtschaftsstruktur für das Ergebnis verantwortlich zu machen, denn diese Struktur ist selber wieder Folge von gesellschaftlichen Daten und Prozessen, von denen krisenfesten Unternehmungen und Wirtschaftszweige begünstigt worden sein können.

sich selbst sorgen könnten (*von Hayek*, 1960, 302 f.; 1976, 87). Er hat sogar Argumente geliefert, die dies zum Teil auch ökonomisch begründen können. Denn er betont, wirtschaftlicher Erfolg sei nicht mit moralischem Verdienst gleichzusetzen. Eine Leistung solle aber wegen der damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Vorteile bei Wirtschaftsrechnung und Leistungsantrieben nach dem Wert entlohnt werden, den sie nach dem Urteil der Nutzer habe und nicht nach irgendwelchen moralischen Bewertungen (*von Hayek*, 1958). Im Wettbewerb sollen viele auf die Suche nach richtigen Lösungen gehen (*von Hayek*, 1969). Wertvoll kann dabei selbst der Irrtum sein, nämlich als gesellschaftlich nützliche Information und Warnung und damit als positiver externer Effekt, der anderen zugute kommt. So läßt sich, unabhängig von Motiven der Nächstenliebe, eine Art von minimaler Entlohnung des unverdient Irrenden für übernommenes Risiko rechtfertigen.<sup>20</sup>

Der „Sozialstaat“ als paternalistische Umverteilungs- und Betreuungseinrichtung hat sich jedoch seit langer Zeit von solchen Minimallösungen entfernt, gefährdet den eigenen Fortbestand, indem er seine wirtschaftliche Grundlage auszehrt, und treibt von einer Krise zur anderen. Ist *Müller-Armack* hierfür mitverantwortlich? Gewiß hat er den sozialen Schutz stärker betont als andere Anhänger der Marktwirtschaft und war zunächst allzu optimistisch, was die Verträglichkeit von Umverteilungen mit dem marktwirtschaftlichen System angeht. Trotzdem sollte man ihm gegenüber mit Schuldzuweisungen vorsichtig sein.

Was bedeutet „sozialer Schutz“? Viele Erscheinungen der gegenwärtigen Sozialpolitik legen die Vorstellung nahe, „sozial“ sei immer das weggenommene und mit Verlust weitergegebene Geld anderer Leute. Vom Diebesgut unterscheide es sich durch die Legalität und den Umstand, daß Politiker die Umverteilung anordnen, die hoffentlich nicht in erster Linie selber von solchen Zahlungen profitieren, sondern damit allenfalls ihre Wahlchancen erhöhen. Keine Gesellschaft kann jedoch ohne jede rechtlich gebotene

---

<sup>20</sup> Die Vorstellung jedoch, soziale Sicherung lasse sich ganz allgemein als Vertrag nach dem Äquivalenzprinzip deuten, geht insofern zu weit, als darin heute von individueller Äquivalenz kaum noch die Rede sein kann. Die sogenannten Generationenverträge sind den angeblichen Vertragsparteien ohne Alternative im Wege des staatlichen Kontraktionszwanges auferlegt und können nicht vollständig als staatliche Ersatzhandlungen für Marktversagen gedeutet werden. Die Elemente unfreiwilliger und vom Versicherungsprinzip abweichender Umverteilung sind so stark, daß das System nicht privaten Versicherungen gleichgestellt werden kann. Zum Problem aber: *Ingo Pies* (1998). Er wirft *Müller-Armack* vor, daß er einen Dualismus zwischen Freiheit des Marktes und sozialem Ausgleich sehe. *Müller-Armack* betont aber durchaus die teilweise bestehende Harmonie zwischen beidem, indem der freie Wettbewerbsmarkt erst die Möglichkeit für eine wirksame Sozialpolitik schafft (*Müller-Armack*, 1976/81, S.253). Es ist auch richtig, daß eine Politik angestrebt werden sollte, bei der Zielkonflikte vermieden werden. Daß es aber überhaupt keinen Konflikt zwischen beiden Zielgruppen geben kann, ist mindestens durch die ökonomische Krise des Wohlfahrtsstaates empirisch widerlegt.



Umverteilung auskommen, etwa als private Unterhaltsverpflichtung oder öffentliche Armenpflege. Ökonomen versuchen zwar, selbst die Sorgepflicht unter Ehegatten oder für Kinder, Kranke und Eltern als Austauschgeschäft zu deuten und als verkappten Kommerz auszugeben. Aber hier besteht überhaupt keine oder keine halbwegs zuverlässige Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung. Daran ändern auch noch so geistreiche, aber gequälte Konstruktionen nichts. Was tauschen zum Beispiel Nachgeborene, wenn sie als Steuerzahler für die Versorgung von Kriegsoptionen aufkommen? Es muß also echte Umverteilung geben. Sieht man von strukturellen Einzelheiten ab, so handelt es sich um eine Frage des Umfangs, nicht des Prinzips.

Wenn *Müller-Armack* von sozialem Schutz spricht, unterscheidet er nicht zwischen echter, nur begrenzt möglicher<sup>21</sup> Umverteilung ohne Gegenleistung und der allgemeinen Vorsorge für Sachverhalte, mit denen jeder Normalbürger zu rechnen hat, etwa der Sorge für Krankheit und Alter, aber auch für die Familiengründung. Für solche normalen Aufwendungen muß in jeder freiheitlichen Gesellschaft der einzelne Bürger zunächst einmal selbst aufkommen. Auch alle zusammen in einer Nation können nicht auf Kosten anderer leben, es sei denn, sie erhalten ausländische Tribute.

Gerade das zuletzt genannte Beispiel der Familiengründung beleuchtet die gesellschaftliche Veränderung, die sich heute in kollektivistischer Richtung vollzieht. Über Jahrhunderte hinweg hat die Möglichkeit der Fortpflanzung als Privileg gegolten. Jedenfalls war die Fortpflanzung ohne wirtschaftliche Grundlage der Eltern geächtet. Mit der modernen Wirtschaft und dem damit verbundenen Massenwohlstand ist dieses Privileg aufgehoben. Die Alterssicherung nach dem Umlageverfahren bedeutet nun, daß Kinderlose im Alter faktisch die Kinder anderer Leute besteuern, während ihre eigenen, bei Mehrfachverdienern unter Umständen hohen Beiträge längst von einer vorangehenden Altengeneration verbraucht sind. Dieser vorangehenden Altengeneration hat man die Vorsorge für das eigene Alter insoweit erspart, wie sie nicht gezwungen war, dafür Kapital zu bilden. Für ein Sozialprodukt der Zukunft, aus dem Alterslasten finanziert werden können, sind aber sowohl Kapital als auch gut ausgebildete Menschen nötig, die es bedienen. Die Leistungsfähigkeit gut ausgebildeter Menschen wird von den Ökonomen allzu mechanistisch „Humankapital“ genannt. Folgt man diesem Sprachgebrauch,

---

<sup>21</sup> Die mögliche Umverteilung endet nicht erst dann, wenn den einen alles weggenommen und den anderen alles gegeben worden ist, denn die Geschöpften reagieren zunehmend durch Nichtleistung, je mehr ihr Leistungsergebnis sozialisiert wird. Im modernen Wohlfahrtsstaat kommt es zu viel geringerer wirklicher Umverteilung, als in der sozialpolitischen Propaganda angenommen wird. Denn dabei werden aus den Einkommen der breiten Massen fürsorglich Steuern und Sozialabgaben abgeschöpft, um sie derselben Bevölkerung und denselben Personen in verfremdeter Form wieder zuzuleiten.

dann sind es immer nur zwei Arten von Kapital, mit denen eine Zukunftssicherung erreicht werden kann, nämlich das Humankapital und das Sachkapital. Wer nur die eine Komponente der Zukunftssicherung beisteuert, hat dafür angeblich nicht genug geleistet. Dabei wird einseitig nur der Fall der Kinderlosigkeit betrachtet, die nun als ein von den Eltern neidisch betrachtetes Privileg gilt. Um dies auszugleichen, könnte man jedoch den Kinderlosen die Pflicht auferlegen, für ihre Alterssicherung vermehrt Kapital zu bilden, anstatt sie später auf das totale Umlageverfahren zu verweisen.<sup>22</sup>

Dies geschieht jedoch nicht. Es wird vielmehr ein immer höheres Elterngeld (mißverständlich Kindergeld genannt) aus der Staatskasse gefordert. Auf die Dauer kann es nicht ohne Verwendungskontrolle gewährt werden. Dies muß zu einer weiteren Umdrehung der kollektivistischen Spirale führen, die sich in Richtung auf eine volle Verstaatlichung der Familie und der Kindererziehung bewegt. Die Steuerlasten müssen dabei auch für die Familien immer weiter steigen.

Je mehr kollektive Zwangskassen die Normalvorsorge für die ganze Bevölkerung übernehmen und jeder so gut wie immer einzahlt, aber wie bei einer Lotterie mit sehr vielen Gewinnlosen häufig auch empfängt, desto weniger geht es um echte Umverteilung. Dafür kann man nicht „Solidarität“ im Sinne von Nächstenliebe einfordern. Zahnarztrechnungen, Autohaftpflicht- oder Lebensversicherung sind Angelegenheiten des Geschäfts und keine karitativen Veranstaltungen.

Zur Expansion kollektiver Zwangsdienste über das Optimum hinaus hat freilich die Ideologie von der angeblich dem Staat obliegenden allgemeinen Daseinsvorsorge beigetragen (vgl. *Klein*, 1966). *Müller-Armack* war auf diesem Gebiet einerseits zweckmäßigen Neuerungen gegenüber aufgeschlossen, forderte aber für eine zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft<sup>23</sup> mehr Selbständigkeit, auch innerhalb der Unternehmungen, und mehr Selbstverantwortung in der Sozialpolitik. Auch seine sonstigen Forderungen wie die Zurückdrängung von Subventionen für die private Wirtschaft, Steigerung von Bildungsausgaben und dergleichen müssen nicht im Prinzip freiheitsfeindlich sein und

---

<sup>22</sup> Ich habe dies in totalen Widerspruch zum damaligen Zeitgeist schon in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gefordert: *Willgerodt* (1955; 1956; 1957). Ich habe dabei die Beteiligung der Kinderlosen am Umlageverfahren keineswegs völlig ausgeschlossen, soweit sie über ihre Steuern zur Finanzierung der Humankapitalbildung beigetragen haben. Im ganzen handelt es sich um einen Musterfall für die Dominanz kurzfristiger Opportunität gegenüber dem langfristig orientierten prinzipiellen Denken, das meist nur in der Krise eine Chance hat, sich durchzusetzen. Man erwägt nun, für die Alterssicherung vermehrt Kapitalbildung heranzuziehen. Entgegen den Absichten der Politik ist dies im übrigen in erheblichem Umfang schon von selbst geschehen, indem das vorhandene Kapital den Älteren gehört und sie es für die Alterssicherung verwenden können. Nur bestand für die breiten Massen bisher keine zwingende Notwendigkeit, für diesen Zweck Kapital zu bilden.

<sup>23</sup> *Müller-Armack* (1960 – wieder abgedruckt in: 1976 b/1981, S. 267 – 291).

stellen auch keine am Reißbrett erdachte Idealkonzeption dar. Eine solche hat *Müller-Armack* vielmehr ausdrücklich abgelehnt (*Müller-Armack*, 1976/1981, 303).

Gegenüber vielleicht diskutablen, in ihrer Vielzahl aber die Marktwirtschaft belastenden Einzelmaßnahmen war er mißtrauisch und nannte sie demokratischen Sozialismus. Er sah das Problem der schiefen Ebene und der Addition kleiner Schritte, die den Charakter der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schließlich grundlegend verändern können (*Müller-Armack*, 1975, 10 f.). Er warnte vor einem langen Marsch der Interventionen zum Systemwechsel und wäre durch die jetzt zum Vorschein kommenden Tendenzen zu einer Harzburger Front von links alarmiert worden.

*Müller-Armack* hat immer wieder betont, daß die sozialen Leistungen die Tragfähigkeit der Wirtschaft beachten müßten. Schon 1967 heißt es bei ihm: „Der soziale Status eines Landes hängt auf die Dauer nicht von übersteigerten Sozialleistungen ab, sondern von der Fähigkeit einer gesunden Wirtschaft.“<sup>24</sup>

Als eine weitere Begrenzung für sozialpolitische und andere Interventionen erscheint seine Forderung, solche Eingriffe müßten mindestens „marktkonform“ sein. Dieser von *Wilhelm Röpke* geprägte Begriff bezieht sich auf Maßnahmen, „die die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben, sondern sich ihr als neue Daten einordnen und von ihr assimiliert werden“ (*Wilhelm Röpke*, 1942/1976, 259). Dieses in der Praxis sehr nützliche Kriterium wird vielfach abgelehnt, weil es wie viele wirtschaftswissenschaftliche Begriffe an den Rändern Unschärfen aufweist. *Müller-Armack* bemerkt hierzu trocken: „Man kann natürlich in der Wissenschaft die Begriffe immer zu Kleinholz machen, bis sie nicht mehr anwendbar sind.“<sup>25</sup>

### 3. Gesellschaftspolitik in der freien Gesellschaft?

---

<sup>24</sup> *Müller-Armack* (1967, S. 13). In derselben Veröffentlichung heißt es außerdem (S. 22): „Die Wirtschaftspolitik darf auch nicht allein an ´sozialen´ Zielen orientiert werden, wenn sie nicht durch die Gleichgültigkeit gegenüber dem Ergebnis der Betriebe auf die Dauer direkt unsozial werden soll.“ Schon im Jahre 1960 (vgl. 1976 b/1981) hatte er im Rahmen seines Vorschlages für die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft betont, daß mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Expansion mehr und mehr Schichten in eine Lage hineinwachsen, „in der ihnen ein höheres Maß an Selbsthilfe zugemutet werden kann.“ Er forderte zugleich eine „Konzentration auf die echten Fälle der Hilfsbedürftigkeit“ (S. 284).

<sup>25</sup> *Müller-Armack* (1955, S. 95). Vgl. im übrigen *Ludwig-Erhard-Stiftung* (1993); die darin enthaltene Kritik von de Jasay und Radnitzky am Begriff der Marktkonformität ist unzulänglich, weil sie den Unterschied zwischen Maßnahmen, die den Preiszusammenhang bestehen lassen, und solchen, die ihn aufheben, nicht gelten lassen und außerdem von dem utopischen Referenzmodell einer staatsfreien Wirtschaft ausgehen. Oft wird auch übersehen, daß es sich bei der Forderung nach Marktkonformität nur um eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung handeln soll, also eine marktkonforme Maßnahme sehr wohl für ein angestrebtes Ziel ungeeignet und ganz allgemein schädlich sein kann.

Das zweite, besonders umstrittene Kernelement des im engeren Sinne „Sozialen“ bei *Müller-Armack* ist die Gesellschaftspolitik. Zunächst prüft er, wie weltanschaulich-religiöse Faktoren auf wirtschaftliche Entwicklungen gewirkt haben (*Müller-Armack*, 1981 b). Es ergibt sich, daß die Geschichte nicht allein von den Ausgangsbedingungen und physischen Daten bestimmt wird, also ein historischer Determinismus im Sinne des Marxismus oder auch von biologischen Rassentheorien nicht besteht. Die Geschichte ist in einem erheblichen Spielraum für menschliche Entscheidungen offen und daher auch von den Handelnden zu verantworten. Eigene oder vermittelte Ideen haben dabei einen erheblichen Einfluß, ohne von der Geschichte selbst voll bestimmt zu sein.<sup>26</sup>

*Müller-Armack* war jedenfalls nicht jemand, der sich fatalistisch dem Strom der Geschichte überlassen hätte. Vorübergehend hat er wie viele andere sich von der Ideologie des Dritten Reiches blenden lassen (*Müller-Armack*, 1933 b). Dazu mag nicht zuletzt das Versagen der Weimarer Republik beigetragen haben. Aber dieser Irrtum muß bald revidiert worden sein. Der Nationalsozialismus verlangte wie alle totalitären Regime nicht nur Gehorsam, sondern ständige aktive Zustimmung<sup>27</sup> und hat den ihm Unterworfenen wenig Spielraum gelassen, seinen Zumutungen auszuweichen. *Müller-Armack* hat sich jedoch während der ganzen Zeit des Regimes schweigend abgewandt und ist unmittelbar politischen Themen ausgewichen. Erst 1940 erschien sein Buch „Genealogie der Wirtschaftsstile“<sup>28</sup>, in dem er sich mit einem dem Regime völlig fremden Thema befaßte. Er vertrat darin im Anschluß an *Max Weber* die empirisch untermauerte These von der auch das wirtschaftliche Verhalten dominierenden Kraft religiöser Überzeugung. Die vom Regime betonten rassistisch-biologischen Faktoren stuft er deutlich und ausdrücklich herab.

Nach der deutschen Katastrophe des 20. Jahrhunderts fühlte *Müller-Armack* die Pflicht zum verantwortlichen Handeln, zunächst indem er gegenüber der fortgesetzten nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung das Kontrastprogramm der Sozialen Marktwirtschaft öffentlich vertrat, und später auch in amtlicher Funktion.

Seine These, die Soziale Marktwirtschaft enthalte einen umfassenden Stilgedanken, wird von einigen so verstanden, als wolle er diesen Stil mit Hilfe der Staatsgewalt

<sup>26</sup> Müller-Armack stützt sich hier auf Thesen der Philosophischen Anthropologie, insbesondere *Helmuth Plessner* (1928/1965).

<sup>27</sup> *Constantin von Dietze*, vom Volksgerichtshof wegen seiner gegen das Regime gerichteten Aktivitäten verurteilt, schrieb in seinem Buch „Grundzüge der Agrarpolitik“ (1967, S. 67), in einem autoritären Regime habe der Untertan „das Maul zu halten“, aber er dürfe schweigen, im totalitären Regime müsse er Beifall brüllen.

<sup>28</sup> *Müller-Armack* (1981 b, S. 46 – 244). *Otto von Zwiedineck-Südenhorst* (1942) meint, Müller-Armack habe seine These von der weltanschaulich-religiösen Bedingtheit des Wirtschaftens überspitzt, es handle sich eher um ein mitgestaltendes Element.

durchsetzen. *Franz Böhm*, selber ein Mitstreiter für die Soziale Marktwirtschaft, hatte in Auseinandersetzung mit dem freiheitlichen Sozialismus über die Liberalen geschrieben: „Sie mißtrauen aufs tiefste soziologisch-politischen Gesamtdiagnosen solcher Art, lehnen es überhaupt ab, sich ein prophetisches Bild oder Gleichnis von wünschenswerten Gesellschaftsstilen und Gesellschaftsgestaltungen zu machen und sodann vorauszuberechnen, wieviel Macht und wieviel Freiheit eine Gesellschaft braucht, wenn der gewünschte Stil, die gewünschte Gestaltung zustande kommen soll.“ (*Böhm*, 1960, 84 f.) Ein Liberaler, der politisch gestaltet, scheint für viele ein Widerspruch in sich selbst zu sein, denn gestalten sollen in der freiheitlichen Ordnung die Bürger, nicht der Staat.

Doch dieser Widerspruch läßt sich auflösen. Zunächst einmal wird auch der Liberale eine Vorstellung davon haben müssen, in welcher Gesellschaft er leben will. Er kann hier nicht einfach eine Leerstelle lassen oder sich dem bloßen Zufall ausliefern. Irgend-eine Gesellschaftsordnung muß es geben und sie muß eine Ordnung sein, die sich vom Chaos unterscheidet, weil sonst vor allem eine moderne arbeitsteilige und auch eine liberale Gesellschaft nicht existieren kann. Die nur auf den ersten Blick rein formale Ordnung der liberalen Gesellschaft schließt außerdem solche Inhalte aus, die ihr widersprechen und bei denen die Freiheit des einen der gleichberechtigten Freiheit anderer entgegensteht. Darüber hinaus muß aber auch der Liberale zulassen, daß ohne staatlichen Zwang für bestimmte Inhalte des Verhaltens und Zusammenlebens geworben wird und sich daraus ein bestimmter, wenn auch offener Stil entwickelt.

Im übrigen ist eine freiheitliche Ordnung stets gefährdet. Es kann sich lohnen, gegen die Regeln des die Freiheit schützenden Rechtsstaates zu verstoßen und sich zu Gruppen und Unternehmungen zusammenzuschließen, um Macht auszuüben und sich zu Lasten anderer Vorteile zu verschaffen. Auch kann es spontane Prozesse als geistige Massenepidemien geben, die dahin führen, die freiheitliche Gesellschaft aufzuheben. Der Liberale muß hier entscheiden, ob er dies dulden und damit sein Konzept dem Selbstmord ausliefern will oder ob dies die Grenze seiner Liberalität sein soll. Um solche Entwicklungen einzudämmen, gibt es jedenfalls den Notbehelf der Staatsgewalt, die von einer Zivilgesellschaft gezähmt werden muß.

Wer *Müller-Armack* persönlich gekannt hat, weiß, daß er zum diktatorischen Machtmenschen wenig getaugt hätte. Was bedeutet es also, wenn er gleichwohl eine staatliche Gesellschaftspolitik gefordert hat? Seine Vorschläge einem merkantilistischen Entwicklungspaternalismus zuzuschreiben wäre zu einfach, so sehr ihm väterliche Gefühle nicht fremd gewesen sind. Vielmehr stand im Hintergrund seiner Erwägungen die

kaum bestreitbare Tatsache, daß eine freiheitliche und menschenwürdige Gesellschaft einen Humus von Strukturen, Regelungen, Loyalitäten und Überzeugungen verlangt, der durch staatliches Verhalten entweder vermehrt oder hinweggeschwemmt werden kann. Damit ist nur gesagt, daß der Staat bei der Festigung einer freiheitlichen Gesellschaft mitwirkt, nicht aber, daß er ihr ein konkretes Leitbild vorschreibt.<sup>29</sup>

Worum es sich handelt, erkennt man an praktischen Problemen: Im sowjetischen Machtbereich – allerdings nicht nur dort – hat man die Menschen in gigantischen Wohnsilos untergebracht und sogenannte bürgerliche Quartiere absichtsvoll verfallen lassen. Man hat dort die selbständigen Unternehmer und Bauern ausgerottet. Die Gegner der freiheitlichen Ordnung wissen genau, was sie tun müssen, um ihr Ziel zu erreichen. Vor allem müssen sie die Familie und die Erziehung der Kinder verstaatlichen<sup>30</sup> und das Privateigentum so weit wie möglich aufheben. Der Staat wird zu einer riesigen Aktiengesellschaft, bei der der einzelne so gut wie keinen Einfluß mehr ausübt, wenn er nicht zur diktatorischen Exekutive gehört. Er kann seine fiktiven Anteile am „Volkseigentum“ nicht einmal mehr verkaufen, muß aber im Gegensatz zum kapitalistischen Aktionär auch noch unbeschränkt haften. Sollte man nicht das Gegenteil von diesem allem erwägen?

Bei jeder staatlichen Regelung und Maßnahme kann geprüft werden, wie sie auf die Sozialstruktur und die Einstellung der Bürger zur freiheitlichen Ordnung wirkt. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit zu beachten, daß gesellschaftliches Treibenlassen in Zustände ausartet, die schließlich einen disziplinierenden Umschlag in diktatorische Maßnahmen geradezu herausfordern.<sup>31</sup> Wenn zum Beispiel die Selbstentfaltung von Eltern zum obersten Ziel wird, gründen sie nicht mehr eine reguläre Familie, sondern liefern Kinder in Heimen oder staatlichen Ganztageeinrichtungen ab. Was ist im übrigen von der erzwungenen Abschiebung als lästig erklärter Älterer in Heime zu halten, vom sozialen

---

<sup>29</sup> Über die gesellschaftlichen Bedingtheiten von Freiheit und Unfreiheit hat Franz Böhm selber nachgedacht, ferner haben dies außer Müller-Armack viele Ökonomen getan, etwa Luigi Einaudi, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Das gilt nicht zuletzt auch für *F. A. von Hayek* (1944), der aber hierbei im Gegensatz zu Müller-Armack vom Staat wenig erwartet hat. Er wendet sich allerdings nicht gegen Staatstätigkeit mit *allgemeiner* Anwendung von *dauerhaften* Regeln, sondern gegen auf bestimmte Personen gerichtete, kurzfristige und nicht vorhersehbare Maßnahmen (1944, S. 80 f. bzw. deutsche Übersetzung S. 110 ff.).

<sup>30</sup> Es ist tröstlich, daß die Erziehung eines „neuen Menschen“ sozialistischer Denkart nicht hinreichend gelungen ist. Das Bewußtsein der Selbstverantwortung und die Eigeninitiative sind vielfach nur in private Bereiche hinein zurückgestaut worden. *Wilhelm Röpke* (1957 b/1979, S. 33 f.) hat darauf hingewiesen, daß bei dem ungarischen Aufstand von 1956 gegen das kommunistische Regime vor allem die jungen Menschen, die unter der Herrschaft des Kommunismus erzogen worden sind, den russischen Panzern den heftigsten Widerstand geleistet haben.

<sup>31</sup> Ein noch relativ harmloses Beispiel ist der Kollektivismus bei sportlichen Massenveranstaltungen, bei denen triebhafte Gewalttäter panikartige spontane Exzesse mit bürgerkriegsähnlichen Begleiterscheinungen hervorrufen, die mit um so härteren Gegenschlägen von Polizei und Gerichten beantwortet werden müssen.

Tod durch Euthanasie auf Krankenschein nach ärztlichem Attest, von der Fließbandproduktion von Menschen, wie sie Aldous Huxley in seinem Buch „Brave New World“ (Huxley, 1932/1953) schon vor 70 Jahren vorausgesagt hat, von sozial geschützter Abtreibung auf Krankenschein, von sozialpädagogisch gefördertem und jedenfalls nicht mehr moralisch geächtetem Rauschgiftkonsum? Wie ist die mehr oder weniger erzwungene und vom Tariflohnkartell erleichterte Frühpensionierung noch arbeitsfähiger Älterer zu beurteilen? Was bedeutet der gesetzlich erleichterte Hinauswurf von Kleinaktionären aus Aktiengesellschaften? Und bedeutet nicht die immer mehr um sich greifende Konzentration in Riesenunternehmungen in mehr als einer Hinsicht eine gewisse Kopie der Sowjetwirtschaft mit ihren internen Verlustverrechnungen, ihrer hierarchischen Bürokratie und der Ahnungslosigkeit der Führungsspitze über das, was an der produzierenden Basis vor sich geht, im Zeichen unserer angeblichen Wissensgesellschaft, in der der Verlust von Milliarden auch vor der Unternehmensspitze jahrelang verschleiert werden kann?

Man kann diese und ähnliche Probleme unterschiedlich beurteilen, aber ausweichen kann man ihnen nicht. Wie immer der Rechtsstaat in diesen und anderen Fällen entscheidet, er wirkt unvermeidlich auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorgänge. Es kann also nur um die Frage gehen, ob er dabei soziologisch blind oder sehend sein soll. Wer sich hierbei für Blindheit entscheidet, weil er den Vorwurf des „Konstruktivismus“ fürchtet, nimmt in Kauf, daß sich die freiheitliche Gesellschaft in einem spontanen Prozeß selbst zerstören kann. Wer die Bedeutung dieses Zusammenhanges nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und Kommunismus noch immer nicht erkennen will, dem ist nicht zu helfen. Für *Müller-Armack* handelte es sich jedenfalls um eine Überlebensfrage der freiheitlichen Ordnung.

#### IV. Das Vermächtnis

Worin besteht sein Vermächtnis? Er glaubte, „daß nicht das Werk der Politiker allein, sondern auch der Gedanke die Geschichte bewegen kann.“ „Freilich“, so fügte er hinzu, „wer sich dem Gedanken anvertraut – das sei vor allem meinen akademischen Schülern gesagt – , muß Geduld haben und warten können, bis sich das als richtig und notwendig Erkannte in einer glücklichen Zeitstunde verwirklichen läßt.“ (*Müller-Armack*, 1976 b/1981, Vorwort, 15)

Wie der Arzt eine Vorstellung von einem gesunden Menschen in dem Sinne haben muß, daß Abweichungen aus der normalen Toleranzbreite als Krankheit erkennbar sind,

so hatte Müller-Armack eine Vorstellung von einer gesunden Gesellschaft und Wirtschaft. Er erkannte gesellschaftliche und wirtschaftliche Fehlsteuerungen. Für gesunde Entwicklungen bestehe aber ein großer Spielraum, den er geradezu für ein Symbol der menschlichen Freiheit gehalten hat. Deshalb betonte er die Offenheit der Sozialen Marktwirtschaft.

Natürlich war ihm der Abstand zwischen dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und der politischen Wirklichkeit auch für die Erfolgsperiode von 1948 bis in die sechziger Jahre hinein ständig bewußt. Aber der Abstand hat sich seitdem in vielen Bereichen stark vergrößert und in zu wenigen verkleinert. Die Volkswirtschaftslehre, die er zu vertreten hatte, lebt geradezu von diesem Abstand wie der Arzt von den Krankheiten. *Müller-Armack* fand jedoch immer auch anerkennende Worte für das Erreichte und gehörte nicht zu den heute dominierenden literarischen und publizistischen Spielverderbern, die nicht mehr wissen, was wirkliche wirtschaftliche Not ist. Seine Generation war durch Fehler, Irrtum und Schaden klüger geworden und hat zusammen mit der Generation des zweiten Weltkrieges Deutschland moralisch, politisch und wirtschaftlich wieder aufgebaut. Ein Heer von nachgeborenen Kritikern bemüht sich heute, diese unbestreitbaren Erfolge klein und herunter zu schreiben. Aber die Aufbaugeneration hat Tatsachen geschaffen, die kaum rückgängig zu machen sind. Nicht nur der Friede mit den früheren Gegnern Deutschlands ist gesichert. Auch im Bereich des täglichen Lebens und Wirtschaftens kann man wohl kaum zu einer absurden Vergangenheit zurückkehren. Lebensmittelrationierung, Devisenzwangswirtschaft mit beschränkten Zuteilungen von Zahlungsmitteln für Auslandsreisen, Zollgrenzen innerhalb der Europäischen Union und dergleichen kann man sich kaum noch vorstellen. Wird man die Befreiung des Welthandels rückgängig machen können, weil Unkundige die Globalisierung fürchten und gegen diese Freiheit gewaltsam demonstrieren? Wird man auf der anderen Seite alle Einrichtungen der sozialen Sicherung ersatzlos abschaffen?

*Müller-Armack* war ein Mann des Gleichgewichts, nicht der Extreme und verbissenen Rechthaberei. Er liebte nicht die auch in der Wissenschaft verbreitete Neigung, die Ansicht des Gegners auf die Spitze zu treiben, um diese dann abzurechen. Die Marktwirtschaft hielt er nicht zuletzt für ein System der Entspannung und Friedlichkeit, das sich schließlich behaupten würde. Schon am 4. März 1974 schrieb er einen Artikel mit dem Titel „Der Wettkampf der Systeme ist entschieden.“(In: Die Welt). Es war schon damals nur eine Frage der Zeit, bis das sowjetische System zusammenbrechen würde, weil es dem Wettbewerb mit der freien Welt nicht mehr standhalten konnte. Das Kon-



zept der Sozialen Marktwirtschaft hat zur Festigung und Überlegenheit des freiheitlichen Systems in Deutschland beigetragen. Nach einem halben Jahrhundert von Frieden und Wohlstand ist es an der Zeit, auch *Müller-Armack* dankbar zu sein.

## Literaturverzeichnis

- Böhm, Franz (1960), *Reden und Schriften*, Karlsruhe.
- Dietze, Constantin von (1967), *Grundzüge der Agrarpolitik*, Hamburg und Berlin.
- Eucken, Walter (1990), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6.Aufl. Tübingen.
- Galbraith, John Kenneth (1948), *The German Economy*, in: S. E. Harris (Hrsg.), *Foreign Economic Policy for the United States*, Cambridge (Mass.), S.91-103.
- Hayek, Friedrich August von (1944), *The Road to Serfdom*, Chicago; deutsche Übersetzung von Eva Röpke, „*Der Weg zur Knechtschaft*“, Erlenbach – Zürich (o.J. - 1945).
- Hayek, Friedrich August von (1957), *Was ist und was heißt „sozial“?*, in: Albert Hunold (Hrsg.), *Masse und Demokratie*, Erlenbach-Zürich, S. 71 – 85.
- Hayek, Friedrich August von (1958), *Gleichheit, Wert und Verdienst*, Ordo-Jahrbuch Bd.10, S. 5 – 29.
- Hayek, Friedrich August von (1960), *The Constitution of Liberty*, London.
- Hayek, Friedrich August von (1967), *What is „Social“, What does it mean?*, in: ders., *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, London und Henley.
- Hayek, Friedrich August von (1969), *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*, in: ders., *Freiburger Studien*, Tübingen, S.249 – 265.
- Hayek, Friedrich August von (1976), *Law, Legislation and Liberty*, Vol. 2, Chicago und London.
- Hoffmann, Walter G. (1965), *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19.Jahrhunderts*, Berlin, Heidelberg, New York.
- Huxley, Aldous (1932/1953), *Brave New World*, erste deutsche Ausgabe „*Welt wohin?*“ (1932), neuere Ausgabe „*Schöne neue Welt*“, Frankfurt am Main und Hamburg (1953).
- Klein, Hans (1966), Art. *Daseinsvorsorge*, Evangelisches Staatslexikon, Berlin, S. 270 – 275.
- Klump, Rainer (1985), *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden.
- Krengel, Rolf (1958), *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956*, Berlin.
- Luckenbach, Helga (2000), *Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, 2. Aufl. München.
- Ludwig-Erhard-Stiftung (1993), *Adjektivlose oder Soziale Marktwirtschaft?*, Bonn.
- Mises, Ludwig von (1961/1978), *Brief an Alfred Müller-Armack vom 14. November 1961*, abgedruckt in: ders., *Im Namen des Staates*, Stuttgart, S. 16 f.
- Müller-Armack, Alfred (1929), Artikel *Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik*, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4.Aufl., Ergänzungsband Jena. S. 645 – 677.
- Müller-Armack, Alfred (1933 a), *Beitrag zu: Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung. Festschrift für Arthur Spiethoff*, München, S. 199 – 204.
- Müller-Armack, Alfred (1933 b), *Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich*, Berlin.
- Müller-Armack, Alfred (1940/1981), *Genealogie der Wirtschaftsstile*, wieder abgedruckt in: ders., *Religion und Wirtschaft*, 3.Aufl. Bern und Stuttgart 1981.

- Müller-Armack, Alfred (Oktober 1945/1981), *Zur Frage der vordringlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen*, (Umdruck), wieder abgedruckt in: ders., *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*, 2. Aufl. Bern und Stuttgart, S. 33 – 50.
- Müller-Armack, Alfred (Juli 1946/1981), *Das Grundproblem unserer Wirtschaftspolitik: Rückkehr zur Marktwirtschaft*, (Umdruck Juli 1946), wieder abgedruckt in: ders. (1981 a, S. 33 - 50).
- Müller-Armack, Alfred (1947/1981), *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, 1. Aufl. Hamburg, wieder abgedruckt in: ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, 3. Aufl. Bern und Stuttgart, S. 19 – 170.
- Müller-Armack, Alfred (1955), *Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Patrick Boarman (Hrsg.), *Der Christ und die Soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart und Köln, S. 75 – 99.
- Müller-Armack, Alfred (1956/1981), Art. *Soziale Marktwirtschaft*, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, wieder abgedruckt in: ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, 3. Aufl. Bern und Stuttgart 1981. S. 243 – 249.
- Müller-Armack, Alfred (1960/1981), *Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik*, wieder abgedruckt in: ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, 3. Aufl. Bern und Stuttgart, S. 267 – 291.
- Müller-Armack, Alfred (1963), Referat in: *Langfristige Programmierung innerhalb der Marktwirtschaft*, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 10, Berlin, S. 16 – 31 und 51 - 56.
- Müller-Armack, Alfred (1964), *Diskussionsbeitrag* in: Alfred Plitzko (Hrsg.), *Planung ohne Planwirtschaft*, Basel und Tübingen, S. 40 – 44.
- Müller-Armack, Alfred (1967), *Die konjunkturelle Lage, das Stabilisierungsgesetz und die nächsten wirtschaftspolitischen Aufgaben*, Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 1, S. 13 – 21.
- Müller-Armack, Alfred (1970), *Ist die Inflation unser Schicksal? Über die Notwendigkeit eines neuen Stils der Wirtschaftspolitik*, in: Die politische Meinung, 15.Jg., Heft 133, S.11 – 31.
- Müller-Armack, Alfred (1971), *Auf dem Weg nach Europa. Erfahrungen und Ausblicke*, Tübingen und Stuttgart.
- Müller-Armack, Alfred (1974), *Der Wettkampf der Systeme ist entschieden*, in: Die Welt vom 4.März 1974.
- Müller-Armack, Alfred (1975), *Thesen zur Konjunkturpolitik 1975*, in: Wirtschaftspolitische Chronik, 24. Jg., S. 7 – 16.
- Müller-Armack, Alfred (1976 a), *Adenauer, die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftspolitiker*. in: Dieter Blumenwitz und andere (Hrsg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Stuttgart, S. 204 – 228.
- Müller-Armack, Alfred (1976 b/1981), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, 3.Aufl. Bern und Stuttgart.
- Müller-Armack, Alfred (1977/1980), *Holzwege der Universitätsreform*, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Mai 1977. Wieder abgedruckt in: Wirtschaftspolitische Chronik. 29. Jg., S. 91 – 105.
- Müller-Armack, Alfred (1981 a), *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*, 2.Aufl. Bern und Stuttgart.
- Müller-Armack, Alfred (1981 b), *Religion und Wirtschaft*, 3. Aufl. Bern und Stuttgart.
- Pies, Ingo (1998), *Theoretische Grundlagen einer Konzeption der „sozialen Marktwirtschaft“: Normative Institutionenökonomik als Renaissance der klassischen Ordnungstheorie*, in: Dieter Cassel (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart, S. 97 – 132.

- Plessner, Helmuth (1928/1965), *Die Stufen des Organischen und der Mensch*, 2. Aufl. Berlin.
- Preiser, Erich (1937), *Die württembergische Wirtschaft als Vorbild*, Stuttgart.
- Quaas, Friedrun (2000), *Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*, Bern, Stuttgart, Wien.
- Röpke, Wilhelm (1942/1976), *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, 6.Aufl. Bern und Stuttgart.
- Röpke, Wilhelm (1947 a/1959), *Zurückgestaute Inflation – die moderne Wirtschaftskrankheit*, zuerst in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. und 15. Juni 1947, wieder abgedruckt in: ders., *Gegen die Brandung*, Erlenbach-Zürich, S. 162 – 173.
- Röpke, Wilhelm (1947 b), *Offene und zurückgestaute Inflation*, in: *Kyklos*, S. 57 – 71.
- Röpke, Wilhelm (1957 a), *Marktwirtschaft ist nicht genug* in: *Hat der Westen eine Idee?*, Tagungsprotokoll Nr. 7 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Ludwigsburg, S. 9 – 20.
- Röpke, Wilhelm (1957 b/1979), *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 5. Aufl. Bern und Stuttgart.
- Rothschild, Kurt W. (1989), *Zur Leistungsfähigkeit eines wirtschaftspolitischen Slogans*, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), *Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft*, Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F. Bd. 190, Berlin, S. 635 – 638.
- Willgerodt, Hans (1955), *Die Krisis der sozialen Sicherheit und das Lohnproblem*, *Ordo-Jahrbuch* Bd.7, S. 145, - 187.
- Willgerodt, Hans (1956), *Der Familienlastenausgleich im Rahmen der Sozialreform*. *Ordo-Jahrbuch* Bd. 8, S. 123 – 171.
- Willgerodt, Hans (1957), *Das Sparen auf der Anklagebank der Sozialreformer*. *Ordo-Jahrbuch* Bd.9, S. 175 – 198.
- Willgerodt, Hans (1976), *Economic Planning in West Germany: The Social Market Economy*, in: *The Politics of Planning. A Review and Critique of Centralized Economic Planning*, Institute for Contemporary Studies, San Francisco, S. 61 – 82.
- Willgerodt, Hans (1989), *Wertvorstellungen und theoretische Grundlagen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 190, S. 31 – 60.
- Willgerodt, Hans (1991), *Westdeutschland auf dem Wege zu „richtigen“ Preisen nach der Reform von 1948*, in: Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.), *Anpassung durch Wandel*, Berlin, S. 175 – 208.
- Willgerodt, Hans (1996), *Soziale Marktwirtschaft – ein unbestimmter Begriff?*, in: Ulrich Immenga, Wernhard Möschel, Dieter Reuter (Hrsg.), *Festschrift für Ernst-Joachim Mestmäcker*. Baden-Baden, S. 329 – 344.
- Zwiedineck-Südenhorst, Otto von (1942), *Weltanschauung und Wirtschaft. Kritisches und Positives zu Müller-Armacks Genealogie der Wirtschaftsstile*. Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München.